



Presseschau vom 16.05.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Krim-Abgeordneter berichtet über Schicksal ukrainischer Kampf-Delfine

Fast alle Kampf-Delfine, die von der ukrainischen Kriegsmarine auf der Krim eingesetzt wurden, sind verkauft worden und noch vor dem Jahr 2014 eines natürlichen Todes gestorben. Das gab Dmitri Belik, Abgeordneter der Staatsduma (russisches Unterhaus) von der Republik Krim, am Dienstag gegenüber Sputnik bekannt.

Wie er ausführte, verwischt Kiew die Spuren seines fahrlässigen Verhaltens gegenüber Tieren: Wegen mangelnder Mittel hätten die Delfine an private Hände verkauft werden müssen.

„In den Jahren 1995 bis 2014 waren die Kampf-Delfine, die nach dem Zerfall der UdSSR in die ukrainische Jurisdiktion übergegangen waren, in privaten Delfinarien tätig und nicht für die ukrainische Kriegsmarine ausgebildet worden“, so der Abgeordnete.

Am Montag hatte Boris Babin, ständiger Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim, gegenüber dem Portal „Obosrewatel“ gesagt, dass ukrainische Kampf-Delfine nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland auf Nahrung verzichtet hätten und dadurch gestorben seien.

Zuvor war berichtet worden, dass das Ozeanarium in Sewastopol, wo für die ukrainische Kriegsmarine Tursiops-Delfine ausgebildet worden waren, nach dem Beitritt der Krim zu Russland im März 2014 in den Bestand der russischen Kriegsmarine aufgenommen worden

sei.

de.sputniknews.com: Ukraine: Zeitungschef wegen „Landesverrat“ festgenommen
Nach Durchsuchungen im Büro der russischsprachigen Onlinezeitung RIA Novosti Ukraina in Kiew wirft der ukrainische Geheimdienst SBU dem festgenommenen Redaktionschef Kirill Wyschinski nun Landesverrat vor.

„Gegen Wyschinski wurde ein Ermittlungsverfahren gemäß Artikel 111 Teil 1 (Landesverrat) des ukrainischen Strafgesetzbuches eingeleitet“, teilte SBU-Sprecherin Jelena Gitljanskaja am Dienstag via Facebook mit. Was der SBU dem Journalisten konkret anlastet, blieb vorerst unklar. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu 15 Jahre Haft.

Der SBU hatte in den frühen Morgenstunden das Büro von RIA Novosti Ukraina in Kiew gestürmt und acht Stunden lang durchsucht. Das Portal berichtet auf Russisch und ist ein Partner der russischen Mediengruppe Rossiya Segodnya, zu der auch Sputnik und die Nachrichtenagentur RIA Novosti gehören.

Darüber hinaus vermisst RIA Novosti seit Montag den Chef des Büros in Kiew, Andrej Borodin. Der ukrainische Generalstaatsanwalt Juri Luzenko veröffentlichte unterdessen auf seiner Webpräsenz Fotos von Borodins Ausweis.

Der Generaldirektor von Rossiya Segodnya, Dmitri Kisseljow, forderte die Freilassung des festgenommenen Kirill Wyschinski und ein Ende der Verfolgung von Medien.

Chefredakteurin Margarita Simonjan bezeichnete das Vorgehen der ukrainischen Regierung als „Rache“ für die heutige Eröffnung der 19 km langen Brücke zwischen der Schwarzmeerhalbinsel Krim und dem übrigen Russland. Die Regierung in Kiew beansprucht die Krim für sich.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International werden kritische Massenmedien und Aktivisten in der Ukraine „ununterbrochen durch Regierung und paramilitärische Gruppen unter Druck gesetzt, die sie einschüchtern und mundtot machen wollen“.

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hatte bereits 2015 kritische Journalisten als „Staatsfeinde“ abgestempelt und den Geheimdienst SBU aufgefordert, gegen sie vorzugehen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32072/97/320729710.jpg>

de.sputniknews.com: Ukraine präsentiert uralte sowjetische Panzerabwehrkanonen als modernes Produkt

Die ukrainische Armee erhält modernisierte Panzerabwehrkanonen des Typs MT-12 „Rapira“ (Florett), wie ukrainische Medien berichten. Das nationale Informationsportal „Tisk“ veröffentlichte im Netz Videoaufzeichnungen einer Artillerieübung.

Allein schon die ersten Sekunden des Clips machen stutzig: Drei Geschütze werden von leichten gepanzerten Schleppern und ein viertes vom Lastwagen Ural-4320 gezogen. Die ukrainische Armee scheint nicht in der Lage zu sein, auch nur eine Batterie mit Technik gleichen Typs auszustatten. Das ist nicht erstaunlich, da die mangelhaft versorgten ukrainischen Streitkräfte diverse zivile Fahrzeuge nutzen müssen.

Die Autoren des Videos versuchen, die „Florett“-Kanonen als modernisierte Variante der MT-12 zu präsentieren. Die „neuartigen“ Kanonen dürften Ziele bei schlechter Sicht sicher treffen. Die Rede ist auch von neuen Systemen zur Zielbegleitung. Aber an den Kanonen selbst fehlt jede Spur einer Modernisierung. Es geht doch um herkömmliche in den 1960er Jahren in der Sowjetunion konstruierte Geschütze.

Zuvor hatten die ukrainischen Streitkräfte Geschütze vom Typ MT-12R mit Radar- und Zielsystem „Ruta“ im Waffenbestand gehabt – ebenfalls eine sowjetische Entwicklung. Diese Kanonen galten als modernste Variante in der „Florett“-Familie.

Sie konnten Panzer auf einer Entfernung von bis zu 2,5 Kilometern vernichten, darunter auch nachts und bei schlechtem Wetter. Aber die Ausrüstung erwies sich als zu kompliziert für den Einsatz in der ukrainischen Armee. Zudem wurde ein Teil der Geschütze von der Volkswehr in Donezk und Lugansk erbeutet, darunter im Raum der Siedlung Georgijewka im September 2014.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/0Ti6E7kBNR4?ecver=1" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/0Ti6E7kBNR4>

de.sputniknews.com: „Völlig inakzeptabel“: Faschisten in ukrainischen Auslandsvertretungen?

Der Bundesbeauftragte für Antisemitismus, Felix Klein, bezeichnet die mutmaßlich rechtsextremen Äußerungen des ukrainischen Konsuls Wassil Maruschinetz als „völlig inakzeptabel“. MdB Andrej Hunko fordert weitere Untersuchungen und bemängelt die Verharmlosung der rechtsextremen Tendenzen in der ukrainischen Politik.

Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin gab am Dienstag bekannt, dass der ukrainische Konsul in Hamburg Wassil Maruschinetz zeitweilig abberufen worden sei, um seine mögliche Beteiligung an der Veröffentlichung von antisemitischen Posts in sozialen Netzwerken zu prüfen. Über Jahre hinweg soll dieser rechtsextreme Hasspostings in einer geschlossenen Facebook-Gruppe veröffentlicht haben.

Der Bundesbeauftragte für den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, begrüßt die Entscheidung des ukrainischen Außenministeriums, den ukrainischen Konsul aus Hamburg unverzüglich abzurufen und nach Kiew zurückzusetzen: „Die Äußerungen des ukrainischen Konsuls sind völlig inakzeptabel. Es ist gut, dass Außenminister Klimkin klargestellt hat, dass derartige Äußerungen im ukrainischen Auswärtigen Dienst nicht geduldet werden.“ Ähnliche Vorfälle bei anderen ukrainischen Botschaftsangehörigen seien ihm jedoch nicht bekannt, teilte Klein gegenüber Sputnik mit.

„*Rechtsextremismus verharmlost*“

Es habe sich um Postings gehandelt, die in einer offenen Tradition des Nazi-Faschismus stünden, bemerkt der Bundestagsabgeordnete der Linksfraction Andrej Hunko: „Offene Nazi-Postings. Ganz deutlich antisemitisch. Das alles ist richtig krass.“

Hunko zeigt sich jedoch wenig überrascht: „Es ist schon so, dass es viele sehr, sehr rechtsgerichtete Kräfte auch in der ukrainischen Regierung gibt. Oder zumindest in hochrangigen staatlichen Funktionen.“ Nach dem Umsturz im Februar 2014 seien in der Ukraine „sehr viele“ Rechtsextreme an einflussreiche Positionen gekommen, erklärt der

Politiker. „Die momentane ukrainische Regierung ist eine ausgesprochen rechtsgerichtete Regierung, die sich an solchen ukrainischen Nationalisten wie Stepan Bandera orientiert. Es gibt den Rechten Sektor und auch die Swoboda-Partei. Das ist eine Sache, die hier systematisch verharmlost wird, weil die Ukraine sozusagen als Verbündeter in der Auseinandersetzung mit Russland gilt“, kritisiert der europapolitische Sprecher der Linken. Hunko fordert weiterhin eine Untersuchung des Vorfalls. „Das muss aufgeklärt werden. Es muss geschaut werden, wer in den diplomatischen Vertretungen der Ukraine noch ähnlich drauf ist. Wer ist da in Facebook ähnlich unterwegs.“

Der ukrainische Journalist und Blogger Anatolij Scharij war dem mutmaßlich rechtsextremen Konsul Wassil Maruschinetz auf die Schliche gekommen. In einem Video weist er auf weitere Facebook-Verbindungen hin. Scharij machte deutlich, dass Facebook-Freunde des Konsuls, ebenso Diplomaten, diese Posts gesehen hätten, also von seiner Weltanschauung gewusst und offen rechtsextreme Posts von Maruschinetz vielfach gelikt hätten.

Vormittags:

dnr-news.com: Volker sagte, dass es „im Donbass keinen Konflikt zwischen Ukrainern“ gäbe
Der Sondervertreter des US-Außenministeriums für die Ukraine Kurt Volker erklärte gegenüber Journalisten, dass es „im Donbass keinen Konflikt zwischen Ukrainern gibt und keine ethnische Konfrontation“ oder Konflikte zwischen Staatsbürgern. Dies berichtet die ukrainische Zeitung „Apostroph“

„Dieser Konflikt ist das Ergebnis der direkten Invasion Russlands in der Ostukraine. Russland leitet direkt die bewaffneten Kräfte in der Region und übt die politische Kontrolle über die okkupierten Territorien aus“, sagte Volker.

Seinen Worten nach wäre der „Abzug der russischen Truppen der beste Weg, um die russischsprachige Bevölkerung des Donbass zu schützen“,

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/AQXKVVM2tFk" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/AQXKVVM2tFk>

ukrinform.ua: Volker: Russland demaskiert sich im Donbass

Die Beschränkungen für die OSZE-Mission, die die russischen Okkupanten in den von Kiew nicht kontrollierbaren Gebieten im Donbass schaffen, lassen die Organisationen glauben, die russische Seite habe etwas zu verheimlichen.

Diese Meinung äußerte der Sondergesandte des US-Außenministeriums für die Ukraine, Kurt Volker, in einem Interview für die Stimme Amerikas.

Er machte deutlich, dass es seit Februar für die OSZE immer mehr Schwierigkeiten betreffs des Zugangs zu der ukrainisch-russischen Staatsgrenze gebe.

Selbst wenn die Okkupanten den Beobachtern den Zugang erlauben, gebe es auf ihrem Wege genug Kontrollposten, sagte Volker.

“Das bedeutet, sie wurden im Voraus benachrichtigt: Gut, die OSZE kommt, bereitet Euch darauf, damit sie nichts sehen könnten“, fügte der US-Sondergesandte hinzu.

de.sputniknews.com: Pjōngjang sagt Treffen mit Seoul wegen dessen Militärübungen mit USA ab

Nordkorea hat das auf Ministerebene für den 16. Mai anberaumte Treffen mit Südkorea abgesagt und dies mit der Durchführung der gemeinsamen amerikanisch-südkoreanischen

Militärübungen motiviert. Südkorea hat dies bedauert, wie am Mittwoch die Agentur Yonhap meldet.

Initiator dieses Treffen ist laut der Agentur die nordkoreanische Seite gewesen, die sich dafür bei den Verhandlungen im Waffenstillstandsort Panmunjom eingesetzt habe. Es habe um die Wiederaufnahme des Dialogs im Rahmen des Roten Kreuzes und um Treffen der durch die Spaltung des Landes auseinandergerissenen Familien gehen sollen.

Pjôngjang habe ebenfalls mit einer Absage des Gipfeltreffens mit den USA gedroht, meldet Yonhap. Wie jedoch aus dem US-Außenministerium verlautete, werde die Vorbereitung auf das Treffen von Donald Trump und Kim Jong-un fortgesetzt.

Südkorea hat die überraschende Absage des für Mittwoch geplanten Ministertreffens bedauert, wie es in einem Statement des Ministeriums für Angelegenheiten der nationalen Vereinigung hieß.

„Die einseitige Absage der Verhandlungen zwischen dem Süden und Norden auf hoher Ebene unter dem Vorwand einer Durchführung der regelmäßigen amerikanisch-südamerikanischen Militärübungen entspricht nicht der am 27. April von den Oberhäuptern beider Staaten abgestimmten Deklaration von Panmunjom und weckt Bedauern“, wird in der Erklärung betont.

Gemeinsame Militärübungen mit den USA sind in Südkorea seit dem 15. April im Gange. An ihnen beteiligen sich etwa 2.000 amerikanische und südkoreanische Militärangehörige.

Am 27. April hatte das erste Gipfeltreffen Süd- und Nordkoreas seit zehn Jahren stattgefunden. Kim Jong-un wurde der erste nordkoreanische Staatschef, der die Demarkationslinie zwischen beiden Staaten überschritten und südkoreanischen Boden betreten hat.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Losowoje und Wesjologorowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen Granatwerfern und Schusswaffen.**

de.sputniknews.com: Moskau warnt vor Neubelebung des IS-Kalifats in Nordostsyrien unter US-Nachsicht

Russland sieht ein Risiko für eine Reaktivierung des Kalifats des Islamischen Staates* jenseits des Euphrats in Syrien unter Nachsicht der USA. Das sagte die Sprecherin des russischen Außenministerium, Maria Sacharowa, am Mittwoch bei einem Pressegespräch in Kertsch auf der Krim.

„Die US-Administration verschweigt die Situation um Tausende ausländischer Terroristen, die die US-geführte Koalition und die Demokratischen Kräfte Syriens festgenommen haben“, so Sacharowa.

Auch die These, wonach es unmöglich wäre, mit den Ländern, aus denen die Extremisten stammen sollen, das Verfahren zu ihrer Auslieferung sowie möglichen Rechtsbeistand abzustimmen, klingt laut der Sprecherin nicht gerade überzeugend.

„Dieses rechtliche Vakuum wird anscheinend absichtlich geschaffen, um das wahre Ziel zu vertuschen, und zwar, damit die Terroristen ihrer Verantwortung entkommen können“, sagte Sacharowa.

Es soll sich hierbei um 2.000 bis 3.000 Kämpfer aus Europa, arabischen Ländern und den GUS-Staaten handeln.

„Als Vorbeugungsmaßnahme gilt nur die Beschränkung der Bewegungsfreiheit. Zugleich werden sie drei Mal pro Tag mit Essen versorgt. Sie können auch medizinische Hilfe in Anspruch nehmen sowie Sport treiben“, betonte Sacharowa.

„Nach dem von US-Präsident Donald Trump angekündigten baldigen Abzug der Amerikaner

aus Syrien gibt es ein Risiko für eine Reaktivierung des Kalifats jenseits des Euphrats in Syrien nach dem Irak-Vorbild, als nach dem erfolgreichen Abzug des US-Kontingents im Jahr 2011 aus diesem Land dort faktisch die Terrormiliz Islamischer Staat entstanden war“, sagte sie abschließend.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 15. Mai 3:00 bis 16. Mai 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 24.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Gagarin-Bergwerk, Golowskij, Doomitnoje, Michajlowka, Sajzewo), Donezk (Volvo-Zentrum), Dokutschajewsk, Besymennoje (Kasazkoje, Dershinskoje), Sachanka, Nowolaspa.**

Gestern wurde in der Folge eines Beschlusses mit 120mm-Mörsern von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Dershinsk (Jushnaja-Bergwerk) auf Gorlowka (Gagarin-Bergwerk) die **allgemeinbildende Schule** Nr. 10 in der Komarow-Straße 34 **beschädigt.**

Außerdem wurde in der Folge eines Beschlusses auf Golmowskij die **Kläranlage der städtischen Wasserwerke** in der Paladin-Straße 95 **beschädigt.**

Außerdem wurde in der Folge einer Verletzung des Regimes der Ruhe von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zum zweiten Mal der **Wechsel des Personals der Donezker Filterstation unter Monitoring der OSZE-Mission zum Scheitern gebracht.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 301 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 401.

de.sputniknews.com: Autoverkehr über Krim-Brücke eröffnet – So reagieren USA und Ukraine

Der Autoverkehr über die Krim-Brücke in beiden Richtungen ist nun offiziell freigegeben worden. Als erste fuhren Einheimische, Bauarbeiter und die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa über die Brücke. Aus den USA und der Ukraine kamen indes bereits die ersten Reaktionen darauf.

Am Dienstag hatte Russlands Präsident Wladimir Putin den Verkehr über die Krim-Brücke eröffnet und war selbst über die Brücke gefahren.

Am Mittwochmorgen fuhr die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa über die Brücke.

„Das ist unvergesslich“, beschrieb sie ihre Eindrücke bei Facebook.

Gleichzeitig tauchten die ersten Reaktionen aus den USA und der Ukraine auf die Eröffnung der Krim-Brücke auf.

Die USA zeigten sich laut der amtlichen Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, über den Bau und die Eröffnung der Krim-Brücke besorgt: Der Bau dieser Brücke reduziert ihr zufolge die Warenlieferung mit Schiffen und beeinträchtigt die Navigation. „Die USA verurteilen den Bau und die Teileröffnung der Krim-Brücke“, was ohne Erlaubnis der ukrainische Regierung geschehen sei.

Darüber hinaus äußerte sich der ukrainische Politiker, der Chef der Partei „Osnowa“ Andrej Nikolajenko, dazu: „Der Bau der Krim-Brücke und somit die Begrenzung der

Verkehrsleistung wegen der Höhe von Schiffen, die ins Asowische Meer fahren, gibt einen direkten negativen Wirtschaftseffekt.“ Die einzige weise und mögliche Position der Ukraine dazu sei es, ihre Klagen bei internationalen Arbitragen zu erheben.

Diese Aussagen kommentierte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa:

„Ja, sie haben das Territorium verloren, ja, eine solche Wahl haben die Menschen getroffen, niemand wollte Brücken hinter sich abbrechen, alle wollten diese bauen, deswegen ist absolut unverständlich, wozu man solche Kommentare abgegeben hat.“

Sie betonte dabei, dass es immer eine Möglichkeit gebe, die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine wieder aufzubauen. Dabei sagte Sacharowa, dass die ukrainische Propaganda so darüber erzählen werde, als ob alles inszeniert worden sei: „Zuvor haben diese Menschen erzählt, dass es keine Brücke geben werde, dass sie psychologisch unmöglich sei, dass es absurd oder gar eine Computergrafik sei (...) Nun ist es sichtbar: Es gibt die Brücke.“

Mit einer Länge von 19 Kilometern gilt die Brücke über die Straße von Kertsch, die die direkte Verbindung zwischen der Halbinsel und dem russischen Festland gewährleisten soll, als eines der schwierigsten Bauprojekte Russlands.

Die Verkehrsverbindung zwischen Russlands Region Krasnodar und der Halbinsel Krim über die Brücke wurde vorfristig — ein halbes Jahr früher — fertiggestellt.

Für den Eisenbahnverkehr soll die Brücke Ende 2019 freigegeben werden. Die ersten Bauarbeiten an der Krim-Brücke hatten im Februar 2016 begonnen.

de.sputniknews.com: Zwischenfall in Salisbury als Attentat auf Leben unserer Bürger – Russlands Außenamt

Moskau hält laut der amtlichen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, den Zwischenfall in Salisbury für ein Attentat auf das Leben russischer Bürger. London ist ihr zufolge nicht daran interessiert, die Täter festzustellen.

„Man kann sagen, dass eigentlich einfach zu verstehen gegeben wurde, dass die Briten weiterhin irgendwelche Vermutungen handhaben, auf deren Grundlage sie fortfahren, unbegründete Vorwürfe gegenüber Russland zu erheben. Ich wiederhole nochmals, dass dies unsere Meinung in Bezug auf das Desinteresse der britischen Behörden an der Klärung der wahren Motive und an der Ermittlung der Täter dieses Verbrechens in Salisbury bestätigt“, sagte Sacharowa.

„Da der russischen Seite bisher keine überzeugenden Beweise vom Gegenteil zur Verfügung gestellt wurden, meinen wir, dass wir es mit einem Attentat auf das Leben unserer Mitbürger im Ergebnis einer großen politischen Provokation zu tun haben ...“, so die amtliche Sprecherin weiter.

Darüber hinaus sagte sie, dass sich Großbritannien bislang weigert, den konsularischen Zugang zu russischen Bürgern zu gewährleisten.

„Dabei erzählt man uns von angeblicher Unlust Julia Skripals, mit der russischen Botschaft in Großbritannien zu kommunizieren ... In Bezug auf Sergej Skripal wurde der konsularische Zugang wegen des Vorhandenseins der britischen Staatsangehörigkeit abgelehnt“, erläuterte sie.

Sacharowa verwies darauf, dass es laut den britischen Behörden notwendig sei, eine Zustimmung der russischen Bürger für die Kommunikation mit den Mitarbeitern des Konsulats zu haben. Man sei aber mit solcher Formulierung nicht einverstanden. Sie verwies darauf, dass die Frage der Kommunikation der Bürger mit einem Konsul gemäß der Konsularkonvention zwischen der Sowjetunion und Großbritannien von 1965 geregelt wird. ...

Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte beschießen zielgerichtet friedliche Bürger der

LVR mit verbotener Artillerie. So wurde heute mit Mörsern des Kalibers 120mm **Malaja Wergunka** beschossen“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

de.sputniknews.com: Dieses Ziel verfolgten USA mit Austritt aus Iran-Deal – Oberhauschefin Die Vorsitzende des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus), Valentina Matwijenko, hat den Ausstieg der USA aus dem Iran-Deal als einen weiteren Versuch Washingtons bezeichnet, sich die EU-Wirtschaft unterzuordnen.

„Viele Experten denken und nicht ohne Grund, dass der Austritt aus diesem Deal (mit dem Iran – Anm. d. Red.) ein weiterer Versuch Washingtons sei, die EU-Wirtschaft von den Vereinigten Staaten abhängig zu machen. Denn viele europäische Unternehmen sind im Iran tätig, ohne dabei den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan zu verletzen. Dasselbe gilt auch für russische Unternehmen“, sagte Matwijenko am Mittwoch gegenüber Sputnik. Wie Matwijenko weiter ausführte, bleibt Russlands Position unverändert: Der US-Beschluss verstößt gegen das Völkerrecht...

nachmittags:

ukrinform.ua: Diaspora ruft auf, Umsiedler zu unterstützen

Die internationale Gemeinschaft habe die Hilfe für Binnenflüchtlinge in der Ukraine zu vergrößern. Diesen Appell veröffentlichte der Präsident des Weltkongresses der Ukrainer, Jewhen Tscholij, meldet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Der Weltkongress der Ukrainer ist wegen der Verschlimmerung der Lage der Binnenflüchtlinge in der Ukraine besorgt und ruft die internationale Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen zur Deckung ihres humanitären Bedarfs zu aktivieren“, betonte Tscholij. Darüber hinaus hat er die internationalen Partner der Ukraine aufgerufen, „den Druck auf die Russische Föderation zwecks der Einstellung ihrer groben Aggression gegen die Ukraine zu verstärken“.

Es sei daran erinnert, dass das monatliche Durchschnittseinkommen der Binnenflüchtlinge in der Ukraine weniger als das Existenzminimum ist und 16 Prozent von ihnen sogar an Lebensmittel sparen müssen.

de.sputniknews.com: Moskau über Verletzung der Rechte von Journalisten in Ukraine empört – Sacharowa

Das russische Außenministerium hat seine Empörung über die grobe Verletzung der Rechte von Journalisten in der Ukraine ausgedrückt und Kiew zur Einstellung von Willkür aufgefordert. Dies sagte die amtliche Sprecherin des Ministeriums, Maria Sacharowa.

„Wir drücken Empörung über die Verletzung der Rechte von Journalisten auf dem Territorium der Ukraine aus und rufen das offizielle Kiew erneut dazu auf, die rechtliche Willkür in Bezug auf die Vertreter der Journalistengemeinschaft unter dem erfundenen Vorwand des Kampfes gegen Propaganda einzustellen.“

Sie forderte unter anderem „die Vertreter der internationalen Strukturen, unsere Kollegen bei den Informationsdiensten der Außenbehörden“ auf, „alle mögliche Einwirkung auf das offizielle Kiew zu leisten“.

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hatte am Dienstag das Büro von RIA Nowosti Ukraine in Kiew gestürmt und acht Stunden lang durchsucht. Darüber hinaus wurde Kirill Wyschinski, der Chef des Portals RIA Nowosti Ukraine, festgenommen. Der SBU wirft dem

festgenommenen Journalisten nun Landesverrat vor.

Darüber hinaus hat der SBU die Wohnung der Korrespondentin von RIA Nowosti in der Ukraine, Ljudmila Lyssenko, durchsucht. Auch die Wohnung vom Chef der Vertretung von RIA Nowosti in der Ukraine, Andrej Borodin, wurde durchsucht. Beide sind zum Verhör vorgeladen worden.

Der Generaldirektor von Rossiya Segodnya, Dmitri Kisseljow, forderte die Freilassung des festgenommenen Kirill Wyschinski und ein Ende der Verfolgung von Medien.

Chefredakteurin Margarita Simonjan bezeichnete das Vorgehen der ukrainischen Regierung als eine „Rache“ für die Eröffnung der 19 km langen Brücke zwischen der Schwarzmeerhalbinsel Krim und dem übrigen Russland. Die Regierung in Kiew beansprucht die Krim für sich und erkennt deren Wiedervereinigung mit Russland nach dem Referendum vom März 2014 nicht an.

Dan-news.info: Gemeinsame Erklärung der Leiter der ökologischen Inspektionen der LVR und der DVR

Auf dem Territorium der DVR und der LVR gibt es keine Gefahr einer ökologischen Katastrophe. Spezialisten der DVR und der LVR führen regelmäßig ein Monitoring äußerst wichtiger und potentiell gefährlicher Industrieobjekte durch. Es werden Boden- Wasser- und Luftproben genommen, das Überschwemmungsniveau von Bergwerken wird kontrolliert. Alle Objekte funktionieren normal. Die Regierungen der Republiken haben alles unter Kontrolle, wir kümmern uns um alle Einwohner des Donbass, auch um die auf dem von Kiew kontrollierten Territorium.

Die gefährlichsten Objekte auf ukrainischem Territorium sind: die Awdejewker Kokerei, die Dsershinsker Phenolfabrik, die Donezker Chemie- und Metallfabrik, Asowstal, die Konstantinowker Chemiefabrik, die Mariupoler Iljitsch-Metallfabrik, die Sodowyj-Fabrik (Slawjansk), das Korotschenko, das Artjom- und das Jushnaja-Bergwerk, die Sewerodonezker Vereinigung „Asot“, die „LINIK“ AG, die GmbH „NPP Sarja“, die Lugansker Wärmeenergiestation, der Lagerplatz für feste Industrieabfälle von Chemiebetrieben in der Nähe von Fugarowka.

In all diesen Objekten werden chemische Reagenzien verwendet oder gelagert, wenn sie aufgrund von Nachlässigkeit der ukrainischen Behörden in den Boden oder in das Grundwasser geraten, wird sich eine ökologische Katastrophe ereignen. Es werden Hunderttausende von Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie darunter leiden, ein großer Teil der Bevölkerung des ganzen Donbass wird keine Trinkwasserquellen haben.

Die Ukraine muss fachkundige Spezialisten aus der DVR und der LVR, Russlands und internationaler Organisationen in ihre Unternehmen lassen.

Der Zivilschutzminister der DVR, Vorsitzender der Gemeinsamen Inspektion zur Kontrolle des Sicherheitszustands der Unternehmen und Objekte, die den Lebenserhalt der Bevölkerung des Donbass gewährleistet und die auf dem Territorium, das sich unter Kontrolle der Ukraine befindet, sind, Alexej Kostrubizkij

Der Minister für Naturressourcen und ökologische Sicherheit der LVR, der Leiter der ökologischen Kommission der LVR Wiktor Gribatschew

de.sputniknews.com: Terroristen-Beschuss in Zentrum von Damaskus – Todesopfer und Dutzende Verletzte

Durch ein von Terroristen abgefeuertes Geschoss sind im Zentrum von Damaskus mindestens zwei Menschen getötet worden. 19 weitere wurden verletzt, meldet die Agentur SANA am Mittwoch.

Nach Angaben der Quelle von SANA hat das Geschoss ein Gebäude in der Nähe von der Brücke Viktoria in der syrischen Hauptstadt getroffen.

Der Beschuss sei von Terroristen aus dem Lager Yarmuk südlich von Damaskus unternommen worden, wo die syrische Armee zur Zeit aktive Kampfhandlungen führt.

Dnr-online.ru: Dank der Anstrengungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess ist es gelungen, eine Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und die **Einrichtung eines Regimes der Ruhe im Gebiet der Donezker Filterstation zu erreichen**, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Techniker des Zivilschutzministeriums haben Entminungsmaßnahmen durchgeführt, um eine sichere Fahrt für die Mitarbeiter und die OSZE-Patrouille zur DVR zu gewährleisten.

Um 13:05 ist eine Kolonne mit Dienstfahrzeugen, eines davon mit Chlor beladen, unter Monitoring der OSZE zur Station gefahren.

Um 14:15 war der Schichtwechsel abgeschlossen.

de.sputniknews.com: OPCW: Offenbar Spuren von Chlorgas im Gouvernement Idlib entdeckt
Bei einem Angriff auf die Stadt Serakeb im Gouvernement Idlib am 4. Februar dieses Jahres soll angeblich Chlorgas eingesetzt worden sein. Das geht aus einer Mitteilung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hervor.

Demnach sind OPCW-Experten zu dem Schluss gekommen, dass in der Stadt Sarakeb Chlorgas aus Zylindern freigesetzt worden sei.

Sie sollen sich dabei auf Augenzeugen-Berichte und Umweltproben gestützt haben. Zudem sollen sie zwei Zylinder gefunden haben, die früher Chlorgas enthalten hätten.

Anfang Februar hatte eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zu Syrien erklärt, sie sei besorgt über eine zunehmende Eskalation von Gewalt in Idlib und Ost-Ghuta, wo angeblich Verbrechen unter Einsatz von Chlorgas begangen würden.

Das US-Außenministerium hatte Russland unlängst erneut vorgeworfen, die syrische Regierung, die C-Waffen eingesetzt haben soll, zu decken.

Das syrische Außenministerium wies die C-Waffen-Beschuldigungen seitens der USA als unbegründet zurück.

Dan-news.info: „Heute um 11:45 gab es einen Beschuss von **Sachanka mit Antipanzerlenkraketen. Das Gebäude der Mensa der örtlichen Schule wurde beschädigt, es befindet sich 100 Meter von der Schule entfernt**“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

Es wurden Fenster und Dach der Mensa beschädigt. Verletzt wurde niemand.

de.sputniknews.com: Putin lässt Kalibr-Raketen im Mittelmeer stationieren
Schiffe der russischen Kriegsmarine mit den neuen weitreichenden Marschflugkörpern vom Typ Kalibr an Bord werden ab diesem Jahr ständig im Mittelmeer präsent sein. Dies kündigte der russische Staatschef Wladimir Putin am Mittwoch an. Grund dafür sei die anhaltende Terror-Gefahr in Syrien.

„Angesichts der anhaltenden Gefahr terroristischer Attacken in Syrien werden unsere Schiffe mit Marschflugkörpern Kalibr ständig im Mittelmeer Wache haben“, sagte Putin am Mittwoch in einer militärischen Besprechung in Sotschi.

Kalibr wurde bereits in den 1980er-Jahren in der Sowjetunion entwickelt. Lange Zeit galten 300 Kilometer als maximale Reichweite der Marschflugkörper, bevor sie Ende 2015 erstmals in einem Gefecht eingesetzt wurden. Mit 26 Kalibr-Marschflugkörpern bekämpften damals Schiffe vom Kaspischen Meer aus elf Ziele der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS)* in Syrien, die in einer Entfernung von 1.500 Kilometern lagen.

Ein Schiffsverband der russischen Marine befindet sich derzeit ständig im östlichen

Mittelmeer und unterstützt das seit September 2015 in Syrien stationierte russische Militärkontingent, das auf Bitte des syrischen Staatschefs Baschar al-Assad gegen den IS und andere Terrormilizen kämpft.

Armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow

Die **Zahl der Verletzungen** des Regimes der Feueinstellung durch die ukrainischen Kämpfer hat sich in den letzten 24 Stunden **vergrößert**, dabei werden immer öfter schwere Waffen verwendet. Die ukrainischen Besatzer haben ihre Schläge wieder auf Objekte der zivilen Infrastruktur konzentriert.

In Richtung Gorlowka haben die Kriegsverbrecher aus der 24. und der 54. mechanisierten Brigade Guds und Majstrenko wirklichen Terror gegenüber den Einwohnern von Gorlowka und nahe liegender Ortschaften betrieben. Auf **fünf Ortschaften** haben die ukrainischen Kämpfer 31 Artillerieschosse des Kalibers 122mm, 135 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie aktiv mit allen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Die ukrainischen Kämpfer aus der 24. Brigade haben gestern um 16 Uhr mit 15 Mörsergeschossen des Kalibers 120mm den Nikitowskij-Bezirk von Gorlowka in unmittelbarer Nähe der allgemeinbildenden Schule Nr. 10 in der Komarow-Straße 34 beschossen. Zu unserem großen Glück und zum großen Bedauern der ukrainischen Kriegsverbrecher gibt es in der Folge dieses Beschusses keine Verletzten, aber das Gebäude der Schule wurde beschädigt.

Außerdem wurde gestern zielgerichtet **Golmowskij** mit Artillerie beschossen. Unter die Schläge der ukrainischen 122mm-Artillerie geriet die **Kläranlage der städtischen Wasserwerke**. Die Verglasung der Gebäude, die Außenbeleuchtung und das Dach des Heizwerks wurden beschädigt.

Heute Morgen haben die ukrainischen Strafruppen etwa 60 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Sajzewo und das Gagarin-Bergwerk** abgeschossen.

Informationen über Zerstörungen und Verletzte werden noch geprüft.

In Richtung Donezk hat das Kommando der Besatzungskräfte ein weiteres Mal den Schichtwechsel der Arbeiter der **Donezker Filterstation** zum Scheitern gebracht. Mehr als eine Stunde lang haben Kämpfer der 95. Luftsturmgruppe ununterbrochen geschossen und so den Technikern des Zivilschutzministeriums der DVR unmöglich gemacht, Entminungsmaßnahmen durchzuführen, damit die OSZE-Beobachter und das Personal der DFS eine sichere Fahrt haben. Gleichzeitig wurde eine **OSZE-Patrouille von Einheiten der 95. Brigade beschossen**, was in einer Mitteilung der OSZE genannt wird.

Außerdem wurden **Dokutschajewsk** und das **Gebiet des Volvo-Zentrums** beschossen, auf die ukrainische Kämpfer fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen haben und außerdem intensiv mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen haben.

In Richtung Mariupol hat der Gegner die Gebiete von **vier Ortschaften** beschossen, die Ortschaft **Kasazkoje** haben die ukrainischen Besatzer mit Artillerie des Kalibers 122mm beschossen. Geschossen wurde auch mit Schützenpanzerwaffen, Antipanzernkraketen und Schusswaffen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **24 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Das Kommando der Besatzungskräfte hat Vertreter der Massenmedien und Blogger angewiesen, Schweigen zu bewahren und den Hütern der Freiheit des Wortes auch kategorisch verboten, die unvernünftigen und fehlerhaften Handlungen des Militärkommandos unter Leitung von Najew zu kritisieren. Unter dem Vorwand der Nichtverbreitung von Informationen über Bewegungen von Truppen, die unserer Aufklärung auch ohne ukrainische Medien und Blogger bekannt sind, versucht der Kommandeur Najew

ein **vollständiges Verbot der Veröffentlichung irgendwelcher negativen Dinge in Bezug auf ihn oder in Bezug auf seine nutzlosen Entscheidungen** in den Medien zu erreichen.

Es ist bereits bekannt, dass einige Vertreter der Massenmedien, Freiwillige und Blogger mit diesem Herangehen nicht einverstanden sind und die Absicht haben, weiter Beschwerden ukrainischer Kämpfer zu verbreiten.

Ich nutze den Anlass und wende mich an die Einwohner der von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien und bitte sie, weiterhin mit uns wertvolle Informationen über die sozialen Netze zu teilen. Dies wird es erlauben, alle Angriffspläne des Gegners zu sabotieren und das Leben der ukrainischen Soldaten, die das ukrainische Kommando vorhat in einen Kessel zu werfen, zu bewahren.

Es ist wichtig anzumerken, dass das ukrainische Kommando mit allen Mitteln versucht, Informationen über die Absicht, Angriffshandlungen in allen Richtungen gleichzeitig durchzuführen, aufzudrängen. Mit einer Desinformation über eine Konzentration von Kräften der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Gorlowka lenkt der Gegner die Aufmerksamkeit von anderen Richtungen ab, an denen er **Provokationen unter anderem unter Beteiligung von Panzereinheiten** vorbereitet.

Uns sind alle Pläne und Absichten der ukrainischen Besatzer bekannt, deshalb warnen wir das feindliche Kommando vor allen provokativen Handlungen, die für es mit unangenehmen Überraschungen enden könnten. Jeder Versuch, in einer Richtung anzugreifen, kann für den Feind mit Verlusten von Territorien in einer anderen Richtung enden, selbst dort, wo er jetzt Entschiedenheit demonstriert.

Die ukrainischen Kämpfer haben Informationen über die Durchführung eines „entschiedenen Streifzugs, über Kämpfe und die Einnahme einzelner Waffen“ in unserem Hinterland verbreitet. Obwohl dieser Unsinn Desinformation ist, bitten wir die OSZE-Mission, die Aufmerksamkeit auf solche Erklärungen zu richten, mit denen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte offiziell die Begehung von Kriegsverbrechen und grobe Verletzungen der Minsker Vereinbarungen bestätigt.

Außerdem fordern wir von den Vertretern der OSZE-Mission, verbotene Waffen zu registrieren, die die ukrainischen Streitkräfte zugesagt haben, in die eingerichteten Lagerorte zu bringen und die angeblich in unserem Hinterland eingenommen wurden. Es müssen auf jeden Fall die Nummern der Mörser überprüft werden und sie müssen in die Datenbank der Waffen, die abgezogen werden müssen, aufgenommen werden. Und es muss kontrolliert werden, dass die ukrainischen Truppen sie an die festgelegten Abzugsorte übergeben und dies muss in einem OSZE-Bericht zum Ausdruck kommen.

Jetzt müssen die ukrainischen Besatzer den internationalen Beobachtern der OSZE ihre realen Mörser angeben, die zuvor von der Mission nicht erfasst wurden und sich in der Nähe der Kontaktlinie befanden. Und natürlich muss die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass sie in der Folge gegen friedliche Bürger DVR eingesetzt werden.

Das lächerlichste in dieser abstrusen Information, die vom Pressezentrum des Stabs der OOS veröffentlicht wurde, ist, dass nach der Logik angeblich eine Diversions- und Erkundungsgruppe des Gegners nach Donezk eindrang, 6 Kilometer, weil sich gerade in dieser Entfernung nach allen Regeln des Kriegs 120mm-Mörsermannschaften befinden. Das heißt, es gab nichts dümmeres, als gerade die Einnahme dieser Waffen zu verkünden. Ich schlage den ukrainischen Bloggern, denen Najew seit gestern voraussehend verboten hat, den Mund zu öffnen, vor, dieses Thema detaillierter der Lächerlichkeit preiszugeben.

Und zum Abschluss, uns wundert das voreingenommene Verhältnis der Vertreter der OSZE in Bezug auf die Beleuchtung der Lage in der Konfliktzone. Unter anderem haben Vertreter der Mission gestern auf ihrer Seite im sozialen Netzwerk Informationen veröffentlicht, dass sie, als sie sich auf von den ukrainischen Streitkräfte besetztem Territorium befanden, den Flug einer Kugel über ihren Köpfen festgestellt haben. Und sie haben optisch die Richtung des Flugs bestimmt, sie sei von Südosten geflogen. Ich nehme an, dass die Kugel sehr langsam

flog, deshalb konnten die Beobachter sie verfolgen. Wir wissen, dass die **ukrainische Seite diese Provokation durchgeführt haben und die OSZE-Vertreter haben sie in diesem Unterfangen unterstützt und so ihre Inkompetenz gezeigt.**

de.sputniknews.com: Peskow: Ukrainische Journalisten können in Russland sicher arbeiten
Der Aufenthalt der ukrainischen Journalisten in Russland ist im Gegensatz zu ihren russischen Kollegen in der Ukraine absolut sicher. Dies teilte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber der Presse am Mittwoch mit.

„Es ist absolut sicher, weil in Russland, Sie wissen es selbst, niemand Ihre berufliche Tätigkeit in all diesen schwierigen Jahren eingeschränkt hat. Und wir befinden uns in einem schönen Dialog mit Ihnen. Leider können sich unsere Journalisten in der Ukraine eines solchen Vorteils nicht rühmen“, entgegnete Peskow auf die Frage, ob die ukrainischen Journalisten jetzt sicher auf dem russischen Territorium arbeiten könnten....

Dnr-news.com: Der deutsche Außenminister forderte Russland auf, den Minsker Prozess wieder aufzunehmen

Berlin appellierte an Moskau, an den Verhandlungstisch zur Fortsetzung des „Minsker Prozesses“ zurückzukehren. Dies erklärte der Außenminister der BRD Heiko Maas, als er am Mittwoch im Bundestag auftrat.

„Ich habe Lawrow gebeten, dass Russland wieder an den Verhandlungstisch zurückkehrt, um den ‚Minsker Prozess‘ wieder aufzunehmen und eine politische Lösung zu suchen“, sagte Maas.

Er fügte hinzu, dass Deutschland einen Dialog mit Russland anstrebe, jedoch „nicht des Dialogs wegen, sondern für Ergebnisse“. Der Minister stellte fest, dass diese Ergebnisse bisher „zu wenig“ seien.

de.sputniknews.com: Warum Asow-Kämpfer Präsident Poroschenko nicht die Hand reichte
Oleg Tolmatschow, Kämpfer des ukrainischen nationalistischen Regiments Asow, hat gegenüber dem Portal UA1 erklärt, warum er seinem Präsidenten Petro Poroschenko bei einer Auszeichnungszeremonie für Teilnehmer der Invictus Games, der Sportwettkämpfe für bei Kampfhandlungen verletzte ehemalige und aktive Militärs, nicht die Hand geben wollte. Als Tolmatschow, der Reihe nach die Teilnehmer der Zeremonie begrüßend, Poroschenko gegenüberstand, hat er dem Portal UA1 zufolge die ausgestreckte Hand des Präsidenten ignoriert und ist an ihm vorbeigegangen. Wie ein Video zeigt, hat der Asow-Kämpfer in keiner Weise auf den Staatschef reagiert, selbst dann nicht, als dieser ihm auf die Schulter klopfte.

„Mich hat Poroschenkos langweilige Rede empört, bei der er damit prahlte, dass er die Einrichtung eines extra Ministeriums zur Unterstützung der Veteranen und Teilnehmer von Kampfhandlungen initiieren wolle“, kommentierte Tolmatschow, wobei er darauf hinwies, dass „der Krieg schon vier Jahre im Gange“ sei und man sich früher damit hätte befassen müssen.

Wenn Poroschenko „den Krieg nicht in die Länge gezogen“ hätte, würde es Tolmatschow zufolge bedeutend weniger verwundete Kämpfer geben.

„Ich meine, dass seine schmähliche Anwesenheit bei der Auszeichnungszeremonie nach dem Abschluss der Nationalen Spiele die Ehre der verwundeten Militärangehörigen nur beleidigt hat“, betonte der Asow-Kämpfer.

Ihm missfiel auch, dass Poroschenko „völlig unpassend von seinem Deutschland-Besuch erzählt hat“. Zugleich zeigte sich Tolmatschow zufrieden darüber, dass in diesem Jahr an den Invictus Games mehr bei Kampfhandlungen verletzte Kämpfer teilgenommen haben als im Vorjahr.

Das Regiment Asow der ukrainischen Nationalgarde hatte an den Kampfhandlungen im Rahmen der von Kiew erklärten Anti-Terror-Operation (ATO) gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass, die nach dem nationalistischen Umsturz in Kiew im Februar 2014 ausgerufen wurden, an den Kampfhandlungen teilgenommen.
<https://www.facebook.com/slipioNK/videos/10211240880353054/>

ukrinform.ua: Sozialschutz der Ausländer erhöht. Gesetz in Kraft getreten
Das Gesetz, das die einmalige Unterstützung für Ausländer oder Person ohne Staatsbürgerschaft, die Wehrdienst in den Streitkräften der Ukraine leisten, im Falle deren Todes oder Invalidität verbessert, ist in der Ukraine in Kraft getreten.
Laut dem Gesetz werden die Bedingungen und das Auszahlungsverfahren der einmaligen Hilfgelder im Falle des Todes, der Invalidität oder teilweisen Verlustes der Arbeitsfähigkeit ohne die Feststellung einer Invalidität, die für die Militärangehörigen, der Bürger der Ukraine und die Mitglieder ihrer Familien vorgesehen sind, auf die Ausländer und die Personen ohne Staatsbürgerschaft ausgedehnt, die vertragsmäßig den Wehrdienst in den Streitkräften der Ukraine leisten“.

de.sputniknews.com: Russlands Oberhauschefin: Beziehungen zu London werden nicht besser, solange ...

Man kann nicht mit einer Verbesserung der Beziehungen zu Großbritannien rechnen, solange Theresa May den Premierposten bekleidet. Das teilte die Vorsitzende des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus), Valentina Matwijenko, am Mittwoch in einem Interview mit Sputnik mit.

„Was die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien anbelangt, so befinden sie sich zurzeit tatsächlich wohl auf dem niedrigsten Stand in der ganzen Geschichte. Solange jene Leute an der Macht sind, die die Russophobie entfesseln und die von dieser antirussischen Politik durchtränkt sind, braucht man in nächster Zeit gar nicht mit einer Normalisierung der Beziehungen zu rechnen“, so Matwijenko.

Dabei hat die Oberhauschefin eigenen Worten zufolge unter diesen Personen Theresa May, ihr Kabinett usw. gemeint, die versuchen, an der Spitze der russophoben Politik zu stehen und mit solchen unsauberen Mitteln ihren Beitrag zum Kampf gegen Russland zu leisten, darunter durch den Skripal-Fall.

Zugleich gibt es zwischen Moskau und London laut der Oberhauschefin nichts, was einer Normalisierung der Beziehungen im Wege stehen könnte.

„Das ist eine Frage des politischen Willens. Ich denke, dass eine solche Zeit zweifellos kommen wird“, so Matwijenko.

Wie sie weiter ausführte, wird Russland es nicht erlauben, „diese Geschichte“ (den Skripal-Fall) zu vertuschen.

„Wir werden auch weiterhin auf einer unvoreingenommenen Ermittlung beharren.“

„Ich wiederhole erneut, dies sei eine Provokation gewesen, die geplant, aber schlecht geplant gewesen sei. Darum treten alle Folgen jetzt ans Tageslicht“, meint Matwijenko....

Ukrinform.ua: Militärische und politische Konsultationen zwischen der Ukraine und Großbritannien

Eine Delegation der ukrainischen Verteidigungsministeriums hat an den militärischen und politische Konsultationen zwischen der Ukraine und Großbritannien teilgenommen.
Die Konsultationen fanden am 15. Mai in London statt. Die ukrainische Delegation leitete der stellvertretende Verteidigungsminister für europäische Integration, Generalleutnant Anatoli Petrenko, berichtet die Webseite des Verteidigungsministeriums. Die Delegation traf sich mit dem Staatsminister für die Streitkräfte Mark Lankaster sowie mit anderen führenden Beamten

aus dem Verteidigungsministerium und Außenministerium Großbritanniens. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die militärische-politische Situation, der aktuelle Stand der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien und Prioritäten für die weitere Zusammenarbeit. Die Seiten einigten sich auf einen Plan für die bilaterale Zusammenarbeit.

de.sputniknews.com: Mittels Militärübungen: Washington will „innerkoreanische Aussöhnung sabotieren“

Die gemeinsamen amerikanisch-südkoreanischen Militärübungen sind darauf gerichtet, die innerkoreanische Versöhnung zu sabotieren. Wie der Chef des Verteidigungsausschusses des russischen Oberhauses, Viktor Bondarew, am Mittwoch mitteilte, geht die Initiative der Sabotage von Washington aus.

„Die gemeinsamen Übungen der US-Luftstreitkräfte und Südkoreas ‚Max Thunder‘ können die Friedensbemühungen auf der koreanischen Halbinsel stören. Natürlich gehört die Initiative, die Aussöhnung der beiden Koreas zu sabotieren, den USA“, sagte der Politiker. Sollten die USA solche Aktionen fortsetzen, würden die zuvor erzielten Vereinbarungen zwischen Pjöngjang und Seoul nicht umgesetzt werden können:

„Es ist gut möglich, dass in dem Fall, wenn die USA und ihre Verbündeten weiterhin solche Handlungen unternehmen, die bei den Verhandlungen in Panmunjom auf Kosten enormer Anstrengungen getroffenen Vereinbarungen nur Worten bleiben werden“, unterstrich Bondarew.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der Republik **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **sechsmal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Wesjologorowka, Kalinowo und Losowoje**. Die Strafruppen der 14., 54. und 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter Kommando der Kriegsverbrecher Shakun, Majstrenko und Kowaltschuk haben im Verlauf der Beschüsse 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 140 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die **Besuche hochrangiger ausländischer Beamter im Donbass** geht weiter.

Im Zeitraum vom 16. bis 17. Mai 2018 ist in der Zone der „Operation der vereinigten Kräfte“ ein **Arbeitsbesuch von Vertretern von Spezialoperationskräften der USA in der Ukraine** geplant.

Nach unseren Informationen ist die Delegation in der Zone der militärischen Operation eingetroffen, um Kommandeure von Einheiten zu instruieren und eine Reihe von Diversions- und Erkundungsgruppen auszubilden, um provokative Aktivitäten an der Front durchzuführen.

Heute früh am Morgen haben die Strafruppen im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk die Hauptstadt der Republik, den Bezirk Malaja Wergunka, mit 122mm-Artillerie beschossen. Der Beschuss erfolgte aus Richtung Kondraschewskaja auf Befehl des Kommandeurs der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte Kowaltschuk. Dies bestätigt ein weiteres Mal, dass die verbrecherische Kiewer Führung die schweren Waffen nicht von der Kontaktlinie abgezogen hat und zielgerichtet friedliche Bürger beschießt.

Wir bitten die internationalen Organisationen, ihre Aufmerksamkeit auf diese Tatsache zu richten und Druck auf Kiew auszuüben.

Ukrainische „Sofaexperten“ in den sozialen Netzen erörtern weiter aktiv die Lage an der

Kontaktlinie und die angebliche Vernichtung von Maschinengewehrpositionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Shelobok. Nach ihren Worten haben nicht die Streitkräfte der Ukraine das Feuer aus unsere Positionen eröffnet, sondern irgendeine dritte Kraft.

Wir wollen bestätigen, dass ukrainische Truppen am 14. Mai aktiv und ungeordnet das Feuer mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mörsern des Kalibers 120mm in Richtung der genannten Ortschaft eröffnet haben. Aber offensichtlich haben sie, als ihnen die Folgen des Vorfalls bewusst wurden, beschlossen, Kräfte auf der anderen Seite zu beschuldigen.

Wir hoffen, dass dieser Fall beim Treffen in Minsk erörtert werden wird.

Kämpfer des „Rechten Sektors“ haben zur zusätzlichen Finanzierung ihrer Anführer Geschäfte in der Zone der „Operation der vereinigten Kräfte“ organisiert.

Sie bereichern sich dabei an eigenen sogenannten „Verteidigern“. Unter dem Anschein von technischer Aufklärung schicken sie ihre technischen Soldaten an die Front, danach verminen sie die Örtlichkeit zusätzlich und verkaufen die Karten der Minenfelder an die Kommandeure vor Ort.

Ein weiterer solcher Fall wurde im Gebiet von Troizkoje im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade festgestellt.

Damit das Geschäft gut läuft, haben die Radikalen dem Brigadekommandeur Majstrenko einen Anteil an dem blutigen Geschäft zukommen lassen.

de.sputniknews.com: „Giftgasangriff“ in Syrien: Moskau besteht auf entpolitisierten Ermittlungen

Russland beharrt laut der Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa auf einer Entpolitisierung der Ermittlungen zum angeblichen Giftgasangriff im syrischen Duma von Anfang April.

Wie Maria Sacharowa am Mittwoch bei einem Pressegespräch in Kertsch auf der Krim sagte, rechnet Moskau damit, dass die Kommission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) nach Abschluss der Untersuchungen „ausführliche und gut geprüfte Schlussfolgerungen“ vorlegen werde.

Diese Ergebnisse sollen laut der Sprecherin helfen zu klären, was tatsächlich am 7. April in der syrischen Stadt Duma passiert war. Unter anderem sollen sie bestätigen, dass sämtliche erdachten und beweislosen Vorwürfe gegen Damaskus, die als Vorwand für den rechtswidrigen Raketengriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf syrische Einrichtungen gedient hätten, unbegründet seien.

„Wir wollen auch weiterhin auf entpolitisierten und unvoreingenommenen Ermittlungen ausnahmslos aller sogenannten Fälle des C-Waffen-Terrorismus in Syrien beharren, und zwar in strikter Übereinstimmung mit den hohen Standards des Chemiewaffen-Übereinkommens“, sagte Sacharowa abschließend....

Abends:

de.sputniknews.com: Giftaffäre: BND soll "Nowitschok"-Proben in den 1990ern beschafft haben

Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll Medienberichten zufolge bereits in den 1990er Jahren Proben eines Nervengiftes der "Nowitschok"-Gruppe bekommen haben, mit dem Anfang März 2018 der russische Ex-Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julia in Großbritannien vergiftet worden sein sollen.

Die Erkenntnisse über eine einst in der Sowjetunion entwickelte Klasse von Kampfstoffen namens "Nowitschok" gehen maßgeblich auf eine bis heute geheim gehaltene Operation des

BND zurück, berichtet die "Süddeutschen Zeitung" (SZ) am Mittwoch. Nach gemeinsamen Recherchen der SZ, NDR und WDR mit der "Zeit" soll ein Agent des Dienstes in den 90er Jahren eine Probe des Stoffs beschafft haben. Auch die Bundeswehr soll in den Vorgang eingeschaltet gewesen sein.

"Damals an der Entscheidung beteiligte Personen bestätigen den Vorgang, die Bundesregierung und der BND erklärten auf Anfrage zu 'nachrichtendienstlichen Angelegenheiten grundsätzlich nur den geheim tagenden Gremien des Deutschen Bundestages' Auskunft zu geben", heißt es im Beitrag....

Dnr-online.ru: Zur Durchführung der Maßnahmen im Rahmen der mittelfristigen Strategie zur Begrünung und zum Wiederaufbau der Waldflächen der DVR im Zeitraum bis 2023, die das staatliche Komitee für Forst- und Jagdwirtschaft der DVR ausgearbeitet hat, haben die Forstwirte der Republik Waldkulturen auf einer Fläche von 66 Hektar angepflanzt.

Die Auspflanzung der hauptsächlich waldbildenden Arten – Krimkiefer, Stieleiche, weiße Akazie – wird bis Herbst 2018 fortgesetzt. Insgesamt wurden im Jahr 2018 mehr als 100 Hektar Wald angepflanzt.

Um eigenes Pflanzmaterial zum Wiederaufbau der Waldflächen und zur Begrünung der Städte und Bezirke der Republik zu schaffen, haben die Forstwirte 130kg Samen von Baum- und Straucharten vorbereitet, davon 23,3 kg Krimkiefer, was es erlauben wird innerhalb von zwei Jahren mehr als 2 Mio. Setzlinge zu erhalten.

Während der Frühlingswaldkampagne 2018 haben Spezialisten des Waldbereichs 10 Hektar Neujahrstannenplantagen angelegt, auf denen schon in 5-7 Jahren mehr als 50.000 Bäume wachsen werden.

Um die Strategie unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DVR Alexandr Timofejew zu realisieren, haben die Betriebe der Forstwirtschaft etwa 100.000 vierjährige Setzlinge der Krimkiefer gezüchtet, die Altersgenossen der DVR sind, die zur Begrünung der Städte und Bezirke der Republik auf kostenloser Grundlage übergeben wurden.

de.sputniknews.com: „Keule des Landesverrates“: Hunko (Linke) besorgt über Pressefreiheit in der Ukraine

Regierungskritische Medien geraten in der Ukraine immer mehr unter Druck. Das Stürmen des Büros von RIA Novosti in Kiew steht lediglich für eine neuerliche Zuspitzung in einer besorgniserregenden Entwicklung, die sich schon länger hinzieht. Das sagt der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko. Er hofft auf Protest durch internationale Organisationen. Als hochgradig besorgniserregend bezeichnet Linken-Abgeordneter Andrej Hunko den jüngsten Angriff auf die Pressefreiheit in der Ukraine. Die Ereignisse vom Dienstag, als unter anderem das Büro der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine vom Inlandsgeheimdienst SBU gestürmt und stundenlang durchsucht und der Chef des Portals unter dem Vorwurf des Landesverrats festgenommen wurde, reihen sich in eine längere Tradition der Unterdrückung von regierungskritischen Medien in der Ukraine, so Hunko.

„Aber dass jetzt auch noch mit der Keule des Landesverrates gearbeitet wird, finde ich schon ein starkes Stück. Argumentiert wird ähnlich wie in der Debatte, die es auch in Deutschland gibt, mit dem angeblichen hybriden Krieg, wo militärische Aktivitäten und schlicht andere Sichtweisen auf beispielsweise den Ukraine-Konflikt in eins gerührt werden. Das macht mir schon große Sorgen und ich hoffe, dass auch internationale Organisationen dagegen protestieren werden.“

Dass dieses Vorgehen Kiews eine Vergeltungsaktion für die Eröffnung der neuen Krim-Brücke gewesen sein könnte, hält Hunko für denkbar. Im Konflikt um die Schwarzmeer-Halbinsel seien Russland und die Ukraine schließlich gegensätzlicher Meinungen. „Dieser

Konflikt wird uns noch lange beschäftigen, aber ich finde, dass man nicht mit Verhaftung von Journalisten, die eine andere Sichtweise darstellen, reagieren kann.“

Dass es bisher keinen Aufschrei in Deutschland gegeben habe und offenbar weder Politiker noch Medien sich besonders veranlasst sahen, die Pressefreiheit in der Ukraine zu verteidigen, überrascht Hunko nicht.

„Es passt eben nicht in die ideologische Landschaft hier in Deutschland. Wir haben es hier mit einer Stimmungsmache gegen Russland zu tun – das braucht man auch, um wiederum Aufrüstung zu legitimieren. Im Bundestag hat heute Von der Leyen gesprochen und dafür geworben, wie wichtig die militärische Aufrüstung ist. Dafür braucht man das Feindbild Russland. Umgekehrt ist die Ukraine das Partnerland in diesem Konflikt aus breiter Sicht von den Parteien im Bundestag. Der Maidan sei eine Erhebung für Demokratie und gegen Korruption gewesen. Und das, was jetzt dort seine Entwicklung nimmt, passt überhaupt nicht in die eigene Ideologie und deswegen schweigt man es lieber tot.“

Solange die Ukraine von der Bundesregierung als Bündnispartner gegen Russland gesehen werde, werde diese auch nicht mit der angemessenen Deutlichkeit reagieren, so der Ukraine-Kenner Hunko. Ein internationales Einwirken auf Kiew halte er hingegen für dringend notwendig. In Bedrängnis seien in der Ukraine nicht nur prorussische Medien, sondern eine ganze Reihe von regierungskritischen Nachrichtenagenturen.

„Seit einem halben Jahr kriege ich immer wieder Hinweise aus der Ukraine von kritischen Medien, die gar nicht mal in der Frage der Krim oder Russlands polarisieren, die aber unter Druck sind, geschlossen werden, sich bedrängt oder bedroht fühlen. Ich habe deswegen die Initiative ergriffen, dazu eine Konferenz im Bundestag zu organisieren – das wird am 11. Juni stattfinden. Dort werden Vertreter von diversen Medien in der Ukraine anwesend sein.“

Dnr-online.ru: In Erwiderung auf die Erklärung des besonderen Vertreters des US-Außenministeriums für die Ukraine Kurt Volker über die gefährliche epidemiologische Situation in den Republiken veröffentlichte das Gesundheitsministerium der DVR folgende Informationen.

„Derzeit ist in der DVR eine relativ stabile epidemiologische Situation zu bemerken, der Level der Infektionskrankheiten überschreitet das mehrjährige Mittel und die saisonal bedingten Kennziffern nicht. Ausbrüche und Gruppenerkrankungen besonders gefährlicher und gefährlicher Infektionen wurden nicht registriert.

In den ersten vier Monaten des Jahres 2018 wurden 208 Fälle von Tuberkulose der Atmungsorgane festgestellt, die Kennziffer beträgt 13,3 Fälle auf 100.000 Personen, das ist um 8,8% weniger im analogen Vorjahreszeitraum.

Der staatliche sanitärepidemiologische Dienst führt täglich ein Monitoring auf Strahlungssicherheit durch. Die Gamma-Strahlung hat in den Jahren 2014-2018 den vieljährigen Durchschnitt der natürlichen Kennziffern nicht überschritten, wie es für die Ortschaften der DVR charakteristisch ist.

Der staatliche sanitärepidemiologische Dienst funktioniert normal“, teilte das Gesundheitsministerium mit.

de.sputniknews.com: US-Magazin fordert Bombenangriff auf Krim-Brücke

Das US-Nachrichtenmagazin „The Washington Examiner“ hat am Dienstag auf seiner Webseite einen Artikel unter dem Titel "Die Ukraine sollte Putins Krim-Brücke sprengen" veröffentlicht. Der Autor Tom Rogan nennt die Brücke "eine ungeheuerliche Beleidigung für die Ukraine als Staat" und ruft Kiew auf, sie zu zerstören.

Die ukrainischen Luftstreitkräfte könnten Angriffe auf die Brücke "glücklicherweise" so fliegen, dass sie zumindest zeitweise nicht mehr betriebsfähig würde. Die beträchtliche Länge der Brücke würde dabei ermöglichen, das Risiko von zivilen Verlusten zu verringern, so der

Artikel.

Wie Rogan ferner schreibt, wird die Sprengung der Brücke bestimmt zu einer Eskalation der Situation führen. Kiew werde aber Moskau das "klare Signal" senden, dass die Ukrainer Eingriffe in ihr Territorium nicht akzeptieren.

Der Autoverkehr über die Krim-Brücke in beiden Richtungen war am Dienstag offiziell freigegeben worden. An der feierlichen Zeremonie hatte der russische Präsident Wladimir Putin teilgenommen, der selbst über die Brücke gefahren war...

de.sputniknews.com: Europarat macht auf Festnahme von Reporter in der Ukraine aufmerksam

Der Europarat hat auf seiner Plattform zum Schutz von Journalisten eine Mitteilung über die Festnahme des Leiters des Portals RIA Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, aufmerksam gemacht. Das wurde am Mittwoch in Moskau mitgeteilt.

Die Festnahme des Reporters war am Dienstag bekannt geworden. Wyschinski werden unter anderem die Unterstützung der selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk sowie Landesverrat zur Last gelegt. Sein Anwalt teilte mit, dass Wyschinski von Kiew nach Cherson gebracht wurde, wo die sogenannte Staatsanwaltschaft der „Autonomen Republik Krim“ ihren Sitz hat. Am Mittwoch soll über Auflagen gegen den Reporter entschieden werden. Die Europarat-Plattform ermöglicht es Partnerorganisationen, die sich für Schutz der Medienfreiheit engagieren, den Rat über Fälle zu informieren, da einzelne Journalisten oder Medien sowie die Pressefreiheit als solche gefährdet werden. Die Plattform gestattet es, entsprechende Informationen schnell zu verbreiten und die Reaktion des verwarnten Mitgliedslandes zu erfahren.

Auch die Menschenrechtsorganisation Human Right Watch (HRW) ist über Durchsuchungen im Büro von RIA Novosti in Kiew und über die Verhaftung von Wyschinski „äußerst besorgt“. Rachel Denber, für Europa und Zentralasien stellvertretende HRW-Vizedirektorin, sagte in einem Sputnik-Interview, die HRW fordere von Kiew unverzügliche Erläuterungen zu den Vorwürfen gegen Wyschinski.

Am Dienstag hatte der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU das Kiewer Büro von RIA Novosti im Laufe von acht Stunden gefilzt. Durchsucht wurden auch Wohnungen mehrerer Mitarbeiter der Agentur. „Die ukrainische Regierung muss die Informations- und Medienfreiheit achten“, erklärte Denber. Der Kampf gegen die Propaganda sollte internationalen Standards gerecht sein. Eine unangemessene Einmischung in die Arbeit von Journalisten und Medien sei unzulässig.